Matthias Kipping

Kontinuität oder Wandel? Der Schuman-Plan und die Ursprünge der wirtschaftlichen Integration in Europa

Der vom französischen Außenminister Robert Schuman am 9. Mai 1950 unterbreitete Vorschlag einer deutsch-französischen Montanunion gab den entscheidenden Anstoß zur Gründung der Europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft (EGKS), die ihrerseits den ersten konkreten Schritt zur wirtschaftlichen Einheit in Europa darstellte. Ein Überblick über die reichhaltige Literatur zum Schuman-Plan führt zu einem überraschenden Ergebnis. Autoren, die ihn von einem politischen Standpunkt betrachten, stellen fast einmütig den damit eingeleiteten oder vollzogenen Wandel heraus. So bezeichnet ihn etwa Wilfried Loth als „Durchbruch zur Supra-Nationalität ohne Großbritannien“¹. Im Hinblick auf die deutsch-französische Wiederaussöhnung so kurz nach dem Kriegsende wird er als eindeutige Abwendung von der Revanchepolitik gesehen, obwohl in dieser Hinsicht Raymond Poidevin und vor allem Dietmar Hüser herausgearbeitet haben, daß das Umdenken in der Deutschlandfrage in französischen Regierungskreisen bereits wesentlich früher begonnen hatte². Ohne Zweifel erscheint auch die Tatsache, daß die Teilnahme an der EGKS für Westdeutschland einen wichtigen Schritt auf dem Wege zur politischen Gleichberechtigung bedeutete.

Demgegenüber betonen Autoren, die sich mit den wirtschaftlichen Hintergründen und Motiven des französischen Vorschlags beschäftigen, vor allem seine Kontinuität mit früheren Tendenzen und Entwicklungen. Frances Lynch und – auf ihren Arbeiten aufbauend – Alan Milward stellen ihn in einen Zusammenhang

¹ *Wilfried Loth*, Einleitung, in: *Die Anfänge der europäischen Integration 1945–1950*, hrsg. v. *Wilfried Loth* (Bonn 1990) 9–26. Für eine Zusammenfassung der Literatur zum Schuman-Plan und seiner Vorgeschichte siehe *Matthias Kipping*, *Zwischen Kartellen und Konkurrenz. Der Schuman-Plan und die Ursprünge der europäischen Einigung 1944–1952* (Berlin 1996) 16–22; im folgenden zitiert: *Kipping*, *Zwischen Kartellen und Konkurrenz*; sowie die Beiträge in: *Histoire des débuts de la construction européenne, mars 1948-mai 1950*, hrsg. v. *Raymond Poidevin* (Brüssel 1986); und in: *Die Anfänge des Schuman-Plans 1950/51*, hrsg. v. *Klaus Schwabe* (Baden-Baden 1988); im folgenden zitiert: *Die Anfänge*.

² *Raymond Poidevin*, *Der Faktor Europa in der Deutschlandpolitik Robert Schumans (Sommer 1948 bis Frühjahr 1949)*, in: *VfZG* 33 (1985) 406–419; *Dietmar Hüser*, *Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik“*. *Dynamik aus der Defensive 1944–1950* (Berlin 1996).

mit dem französischen Modernisierungsplan von 1946, wie der Schuman-Plan von Jean Monnet inspiriert und initiiert. Demnach war es Ziel der Montanunion, die Kohlenversorgung der französischen Stahlindustrie sicherzustellen und damit deren im Monnet-Plan vorgesehene Expansion zu ermöglichen³. Einen noch größeren Anklang haben in der Forschung die möglichen Parallelen der Montanunion mit den internationalen Stahlkartellen der Zwischenkriegszeit gefunden. Auf die „Tradition der Produzenten-Kooperation“ „in der europäischen Schwerindustrie“ hat vor allem John Gillingham hingewiesen⁴. Aber auch Philippe Mioche bemüht sich, die deutliche Ablehnung des Schuman-Plans durch den französischen Stahlwerksverband dadurch abzuschwächen, daß er einem ihrer führenden Mitarbeiter, Alexis Aron, eine geistige Urhebererschaft zuweist, und zwar in Form eines während des Krieges entworfenen Plans eines weltumspannenden Stahlkartells⁵.

Gemeinsam ist allen diesen Autoren die Überzeugung, daß vor allem die Bundesrepublik wirtschaftlich von der Montanunion profitiert habe, unter anderem dadurch, daß die restlichen seit Kriegsende bestehenden Kontrollen wegfielen, während gleichzeitig Versuche, die Verflechtungen und Kartelle der Ruhrindustrie aufzulösen und deren wirtschaftliche und politische Stellung damit abzuschwächen, weitgehend scheiterten. Drei deutsche Historiker haben dementsprechend die angebliche Hoffnung Monnets und seiner Mitarbeiter, daß auch die französischen Montanindustrien von der EGKS profitieren könnten, mit Hinweis auf die Kostenvorteile und die rapiden Produktionssteigerungen der Ruhrkonzerne nach 1950 als „eklatante Fehleinschätzung“ charakterisiert⁶.

Ziel des vorliegenden Beitrags ist es, diese in der Forschung inzwischen weitgehend akzeptierte Interpretation der wirtschaftlichen Hintergründe des Schuman-Plans in Frage zu stellen. Der Beitrag versucht aufzuzeigen, daß der französische Vorschlag zumindest in seiner Zielsetzung einen deutlichen Bruch mit der Vergangenheit darstellte. Das wird allerdings nur deutlich, wenn man den Blick von den direkt betroffenen Industriezweigen Kohle und Stahl abwendet und auch die verarbeitenden Industrien einbezieht. Nur aus dieser neuen Perspektive läßt sich

³ *Frances M. B. Lynch*, *France and the International Economy: From Vichy to the Treaty of Rome* (London 1997), ein Buch, das zum Teil auf ihrer unveröffentlichten Dissertation von 1981 beruht; *Alan S. Milward*, *The Reconstruction of Western Europe 1945–1951* (Berkeley 1987); im folgenden zitiert: *Milward*, *The Reconstruction*.

⁴ *John Gillingham*, Zur Vorgeschichte der Montan-Union. Westeuropas Kohle und Stahl in Depression und Krieg, in: *VfZG* 34 (1986) 381–405, hier 381; siehe insgesamt *ders.*, *Coal, Steel, and the Rebirth of Europe, 1945–1955. The Germans and French from Ruhr Conflict to Economic Community* (Cambridge 1991), im folgenden zitiert: *Gillingham*, *Coal, Steel*.

⁵ *Philippe Mioche*, La vitalité des ententes sidérurgiques en France et en Europe de l'entre-deux-guerres à nos jours, in: *International Cartels Revisited (1880–1980)*, hrsg. v. *Dominique Barjot* (Caen 1994) 119–128.

⁶ *Christian Goschler*, *Christoph Buchheim*, *Werner Bührer*, Der Schumanplan als Instrument französischer Stahlpolitik. Zur historischen Wirkung eines falschen Kalküls, in: *VfZG* 37 (1989) 171–206, bes. 193 und 206; im folgenden zitiert: *Goschler u. a.*, *Der Schumanplan als Instrument*.

einerseits erkennen, daß Monnet mit dem Schuman-Plan die Absicht verfolgte, einen tatsächlichen Wettbewerb unter den Stahlherstellern zu schaffen und dadurch die Konkurrenzfähigkeit der französischen (und europäischen) Industrie insgesamt zu steigern. Andererseits wird dann auch klar, daß die meisten der vorher unterbreiteten Vorschläge zur wirtschaftlichen Integration in Europa am Widerstand der französischen Stahlverarbeiter scheiterten. Schließlich wäre wahrscheinlich ohne deren aktive Unterstützung, trotz des Verhandlungsgeschicks Monnets, der EGKS-Vertrag in Frankreich nie ratifiziert worden.

Der vorliegende Beitrag untersucht deshalb vor allem die Diskussionen in Frankreich, da nicht nur die Initiative von dort kam, sondern deren Erfolg ebenfalls vom Ausgang der innerfranzösischen Auseinandersetzungen abhing. Er besteht aus vier Teilen. Der folgende Abschnitt analysiert den deutlichen Wandel in den Prioritäten Monnets und seinen entsprechenden Initiativen, vom Modernisierungsplan, der auf eine Beseitigung der Produktionsengpässe abzielte, bis zu den Bemühungen um eine Steigerung der Produktivität als Voraussetzung für die Konkurrenzfähigkeit Frankreichs und Europas. Der zweite Teil stellt die Schlüsselrolle der verarbeitenden Industrien für eine Exportsteigerung und einen Ausgleich der Handelsbilanz heraus und untersucht ihren Einfluß auf das Schicksal der unterschiedlichen Vorschläge für die Schaffung eines europäischen Wirtschaftsraumes. Wie der dritte Teil belegt, gelang es Monnet mit Unterstützung der Stahlverarbeiter, der Montanunion die gewünschte kartellfeindliche Ausrichtung zu geben und die Ratifizierung des Vertrages in Frankreich sicherzustellen. Abschließend zeigt der Beitrag, daß – anders als vielfach angenommen – die Montanunion durchaus zur Beschränkung der Stahlkartelle beitrug und die deutsche Stahlindustrie nicht der einzige Nutznießer der EGKS war.

Monnet: Von Produktions- zu Produktivitätssteigerungen

Der eigentliche Inspirator und Autor der Schuman-Erklärung vom 9. Mai 1950, und damit der „Vater“ der europäischen Integration, war Jean Monnet. In der Forschung wird deshalb, wie gesehen, sehr häufig auf die Kontinuität des Schuman-Plans von 1950 mit seinem Modernisierungsplan von 1946 hingewiesen. Der im Jahre 1888 geborene Sohn eines Cognac-Händlers hatte in dessen Auftrag schon früh die Welt bereist, widmete sich aber seit dem Ersten Weltkrieg anderen Tätigkeiten, zunächst im Rahmen der alliierten Beschaffungsmaßnahmen und danach als Beauftragter des Völkerbundes und Finanzberater zahlreicher Regierungen⁷. Der Zweite Weltkrieg sah ihn erneut in einer führenden Rolle bei den Rüstungsbemühungen der Alliierten, zunächst in London und, nach der franzö-

⁷ Vgl. zu seiner Person und seinem Werdegang seine Memoiren: *Jean Monnet, Erinnerungen eines Europäers* (München 1978) und die ausführliche Biographie von *Eric Roussel, Jean Monnet 1888–1979* (Paris 1996).

sischen Niederlage von 1940, in Washington. Von dort organisierte er unter anderem Hilfslieferungen für die französische Exilregierung de Gaulles und half ebenfalls bei deren diplomatischer Anerkennung durch die USA. Im Oktober 1945 kehrte er nach Paris zurück, wo es ihm gelang, de Gaulle von der Notwendigkeit eines mit amerikanischer Hilfe finanzierten Wiederaufbau- und Modernisierungsprogramms zu überzeugen. Im Januar 1946 wurde er zum Leiter der dafür geschaffenen Planungsbehörde CGP (*Commissariat Général du Plan*) ernannt.

In seiner Zielsetzung (der Produktionssteigerung um jeden Preis ohne Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Kosten), in seiner Dauer (fünf Jahre) und in der Auswahl der Schlüsselsektoren (Kohle, Stahl, Energieversorgung, Zement, landwirtschaftliche Maschinen und Transportmittel) ähnelte der Monnet-Plan den sowjetischen Plänen. Es ist deshalb wenig verwunderlich, daß Monnet und seine Behörde bei ihren Bemühungen auf die Unterstützung der kommunistischen Gewerkschaft CGT bauen konnten, aber bei vielen Industriellen Unverständnis, Unbehagen oder sogar Widerstand hervorriefen. Ein grundlegender Unterschied zwischen dem französischen Plan und seinem sowjetischen „Vorbild“ lag in der angewandten Methode. In sogenannten Modernisierungskommissionen arbeiteten Vertreter der Unternehmer, der Arbeitnehmer und der Verwaltung Teilpläne für die unterschiedlichen Wirtschaftszweige und Industrien aus, die keinen Zwangscharakter hatten, sondern nur Zielvorgaben darstellten⁸.

Die für die Stahlindustrie zuständige Kommission sah in ihrem Bericht eine Modernisierung und Zusammenlegung der zum Großteil überalteten und für Massenherstellung zu kleinen Werke vor⁹. Sie strebte ebenfalls eine langfristige Ausweitung der Produktion, die im Jahre 1929 einen Höchststand von 9,7 Millionen Tonnen erreicht hatte, auf 15 Millionen Jahrestonnen an. Dafür waren erhebliche Mengen an Kokskohle notwendig, die die nach dem Krieg verstaatlichten französischen Gruben nicht zur Verfügung stellen konnten. Der Kommissionsbericht machte deshalb deutlich, daß ohne „formale und gültige Zusicherungen über Kohlelieferungen [...], vor allem im Hinblick auf die Kohle aus dem rheinisch-westfälischen Raum, jegliche Rückkehr zum Vorkriegsniveau und mehr noch jegliche Ausdehnung der Produktionskapazität der Stahlindustrie reine Utopie ist und bleiben wird“¹⁰. Dementsprechend unternahm die französische Außenpolitik Bemühungen, der Stahlindustrie weitestmöglichen Zugang zu den entsprechenden Kohlenressourcen zu sichern, zunächst im Rahmen der European Coal Organisation, einer Unterorganisation der Vereinten Nationen, dann durch das Ruhr-

⁸ Siehe zum Folgenden vor allem *Philippe Mioche, Le Plan Monnet. Genèse et élaboration 1941–1947* (Paris 1987); vgl. auch *Stephen S. Cohen, Modern Capitalist Planning: The French Model* (Berkeley 1977) und *Richard F. Kuisel, Capitalism and the State in Modern France* (Cambridge 1981) 222 ff., im folgenden zitiert: *Kuisel, Capitalism and the State*.

⁹ *Commissariat Général du Plan, Premier rapport de la Commission de modernisation de la sidérurgie* (Paris 1946).

¹⁰ *Ibid.* 23 f.

statut von 1948, und schließlich, so die scheinbar logische Schlußfolgerung, durch die Schaffung der Montanunion¹¹.

Entsprechende Bemerkungen Monnets während der Debatten über die Ratifizierung des EGKS-Vertrages in Frankreich scheinen eine solche Argumentation zu bestätigen¹². So stellte ein von seiner Planungsbehörde im August 1951 verfaßtes Memorandum fest, daß die französische Stahlindustrie in der Montanunion „im Hinblick auf die Kohlenversorgung mit ihren Konkurrenten, und insbesondere mit der deutschen Stahlindustrie, gleichgestellt“ werde, eine „Garantie und Sicherheit, die sie in der Vergangenheit nie gehabt“ habe. Ähnlich äußerte sich Monnet in zahlreichen Anhörungen zum EGKS-Vertrag vor Kommissionen des französischen Parlaments. Tatsächlich stand die französische Stahlindustrie 1951 wegen des nach Ausbruch des Koreakrieges im Sommer 1950 eingetretenen Auftragsbooms im Hinblick auf die Kokskohle vor ähnlichen Versorgungsproblemen wie in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Daraus aber eine Kontinuität abzuleiten, d. h. anzunehmen, daß der Vorschlag vom 9. Mai 1950 weitgehend identischen Motiven entsprang, wäre jedoch verfehlt.

Denn im Vergleich zur unmittelbaren Nachkriegszeit hatte sich die Situation der französischen Stahlindustrie und der Wirtschaft Frankreichs insgesamt in den Jahren 1948 und 1949 grundlegend verändert. Man darf nicht vergessen, daß der Monnet-Plan von 1946 im Rahmen einer Mangel- und Zwangswirtschaft sowie einer weitgehenden Isolierung von den Weltmärkten entstand. Nach der Befreiung des Landes von deutscher Besatzung und dem Ende des Krieges hatte die neue französische Regierung den von ihrer in Vichy ansässigen Vorgängerin geschaffenen Kontroll- und Lenkungsapparat weitestgehend beibehalten¹³. Dies galt vor allem für die Verteilung der knappen Rohstoffe, einschließlich Kohle und Stahl, sowie die Festlegung der Preise und Wechselkurse.

Doch infolge der zunehmenden Stabilisierung der Wirtschaft und der Ausweitung der Produktion lockerte die Regierung seit Mitte 1948 schrittweise die bestehenden Kontrollen¹⁴. Einen wichtigen Beitrag zur Entspannung der Versorgungslage und zum Wiederaufbau französischer Produktionskapazitäten leisteten auch die mit dem Marshallplan von 1947 intensivierten Hilfsleistungen aus den Vereinigten Staaten. Die Amerikaner stellten ebenfalls Finanzmittel und Technologie für Investitionsvorhaben zur Verfügung, beispielsweise im Stahlbereich für den Bau von zwei modernen Breitbandwalzstraßen in Nordfrankreich und in Lothringen. Gleichzeitig leiteten der Marshallplan und der Abschluß des ebenfalls von

¹¹ Vgl. dazu im Überblick *Raymond Poidevin*, *La France et le charbon allemand au lendemain de la deuxième guerre mondiale*, in: *Relations Internationales* 44 (Winter 1985) 365–377; im Detail *Régine Perron*, *Le marché du charbon: un enjeu entre l'Europe et les Etats-Unis de 1945 à 1958* (Paris 1996) und *Carsten Lüders*, *Das Ruhrkontrollsystem: Entstehung und Entwicklung im Rahmen der Westintegration Westdeutschlands 1947–1953* (Frankfurt/M. 1988).

¹² Siehe zum Folgenden im Detail *Kipping*, *Zwischen Kartellen und Konkurrenz* 293–297.

¹³ *Kuisel*, *Capitalism and the State* 132–144 und 187ff.

¹⁴ Vgl. dazu und zum Folgenden im Überblick *Kipping*, *Zwischen Kartellen und Konkurrenz* 52–65.

den USA initiierten multilateralen Zoll- und Handelsabkommens GATT im Oktober 1947 eine schrittweise Öffnung der Märkte und eine Ausdehnung des Wettbewerbs ein.

Die weitreichenden Konsequenzen dieser Entwicklungen für die französische Industrie und die von seiner Planungsbehörde betriebenen Modernisierungsbemühungen erkannte Jean Monnet sehr schnell. In einem Schreiben an den französischen Regierungschef im Juli 1948 machte er deutlich, daß erhebliche Anstrengungen notwendig waren, um eine ausgeglichene Handels- und Zahlungsbilanz zu erreichen. Die von seinem ursprünglichen Plan vorgesehene Ausweitung der Produktionskapazitäten reiche dazu nicht aus. Es sei ebenfalls „notwendig, gleichzeitig die Arbeitsproduktivität anzuheben“, denn nur so sei es möglich, die Selbstkosten der französischen Industrie zu senken und die Exporte zu erhöhen. Noch im gleichen Monat setzte Monnet eine Arbeitsgruppe aus Mitarbeitern seiner Behörde und Experten ein, mit dem Ziel konkrete Maßnahmen für eine Produktivitätssteigerung zu entwickeln. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe identifizierten vor allem die Enge der Märkte in Europa und die bestehenden Beschränkungen des Wettbewerbs als Hindernisse für die notwendigen Verbesserungen¹⁵.

Tatsächlich spielten in der französischen Wirtschaft, trotz der Lockerung der staatlichen Kontrollen und der Verbesserung der Versorgungslage, Preis- und Marktmechanismen auch 1948/49 nur eine untergeordnete Rolle. Das lag vor allem daran, daß der Lenkungsapparat in den meisten Fällen nicht aufgelöst wurde, sondern nur aus den Händen der Verwaltung in die Kontrolle der branchenspezifischen Unternehmerverbände überging. So übernahm beispielsweise der Stahlwerksverband CSSF (*Chambre syndicale de la sidérurgie française*) die Zuteilung der Produktionsquoten an die einzelnen Firmen und monopolisierte – über das Verkaufskontor CPS (*Comptoir des produits sidérurgiques*) – auch den Kontakt zwischen Stahlherstellern und -verarbeitern weitestgehend. Zwar wurden die Grundpreise der wichtigsten Stahlerzeugnisse weiterhin von staatlicher Seite festgelegt, doch übte die CSSF auch darauf einen entscheidenden Einfluß aus, da sie die dafür notwendigen Kostendaten bereitstellte¹⁶.

Die mit der obengenannten Arbeitsgruppe begonnenen Bemühungen zur Produktivitätssteigerung mündeten zunächst nur in die Schaffung eines provisorischen Produktivitätskommittees im Mai 1949 und in die Entsendung von französischen Industriellen, Arbeitern und Verwaltungsbeamten zu Studienreisen in die Vereinigten Staaten im Rahmen des von den USA damals initiierten technischen Hilfsprogramms¹⁷. Doch verlor Monnet auch die Ausweitung der Märkte und die

¹⁵ Ibid. 68–75, das Zitat S. 69.

¹⁶ Vgl. dazu *Jean Sallot*, *Le contrôle des prix et la sidérurgie française 1937–1974* (unveröffentlichte Diss., Université de Paris I, 1993).

¹⁷ Siehe zu den amerikanischen Bemühungen u.a. *The Americanisation of European Business*, hrsg. v. *Matthias Kipping* und *Ove Bjarnar* (London 1998) sowie zur französischen Teilnahme *Richard F. Kuisel*, *Seducing the French. The Dilemma of Americanization* (Berkeley 1993) 70 ff.

Beseitigung von wettbewerbsbeschränkenden Maßnahmen nicht aus dem Auge. Im Hinblick auf das letztere unterbreitete er im Laufe des Jahres 1949 einen Gesetzentwurf, der sich stark an der amerikanischen Antitrustgesetzgebung orientierte. Doch stieß dieser nicht nur auf Widerstände in weiten Teilen der Industrie, sondern auch innerhalb der französischen Regierung und Verwaltung. Dort lehnte eine eindeutige Mehrheit die Einführung eines prinzipiellen Verbots ab und befürwortete stattdessen die Fortschreibung der im französischen Kartellrecht traditionellen Unterscheidung zwischen „guten und schlechten Absprachen“. Das endgültige Aus für den Vorschlag Monnets kam mit der Weigerung der Amerikaner, zu seinen Gunsten in die innerfranzösische Debatte einzugreifen. Die US-Vertreter befürchteten, daß ein solches Eingreifen aufgrund der innenpolitischen Lage selbst der von der christdemokratischen Regierungsmehrheit befürworteten minimalen Verschärfung der Kartellgesetzgebung den endgültigen „Todesstoß“ versetzen würde¹⁸.

Auch die oftmals auf französischer Initiative beruhenden Vorschläge zur Schaffung größerer Wirtschaftsräume in Europa stießen im Laufe des Jahres 1949 auf deutliche Widerstände. Diese kamen vor allem von den verarbeitenden Industrien, die aber gleichzeitig bei den von den Amerikanern vorangetriebenen Handelsliberalisierungen sowie den europäischen Bemühungen um eine Steigerung der Wettbewerbs- und Exportfähigkeit eine Schlüsselrolle spielten.

Verarbeitende Industrien und Marktöffnung in Europa

In den französischen und europäischen Plänen, die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Hersteller zu steigern und die Exporte zu erhöhen, um die defizitäre Handels- und Zahlungsbilanz auszugleichen, nahmen die Textilindustrie und die Metallverarbeiter eine führende Stellung ein. Besonders deutlich wird dies in einem Memorandum des Generalsekretärs der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa, Robert Marjolin, vom Mai 1949. Die OEEC (Organisation for European Economic Cooperation) war im Jahr zuvor auf Anregung der Amerikaner gegründet worden, um die Wiederaufbaubemühungen der westeuropäischen Länder im Rahmen des Marshallplans zu koordinieren. Der französische Sozialist Marjolin hatte zuvor in Monnets Planungsbehörde gewirkt¹⁹. In seinem Memorandum befürwortete er ausdrücklich die von den Amerikanern im Rahmen der OEEC und des GATT eingeleitete Liberalisierung des Handels. Die dadurch herbeigeführte Konkurrenz sei „der einzige Weg“, die europäische Industrie durch eine Senkung der Kosten und eine Beseitigung der ineffizienten Her-

¹⁸ Vgl. im Detail *Matthias Kipping*, *Concurrence et compétitivité. Les origines de la législation anti-trust française après 1945*, in: *Etudes et Documents VI* (1994) 429–455.

¹⁹ Zur OEEC im allgemeinen *Werner Bührer*, *Westdeutschland in der OEEC. Eingliederung, Krise, Bewährung 1947–1961* (München 1997); zu Marjolins Memorandum *Kipping*, *Zwischen Kartellen und Konkurrenz* 90–91.

steller in kurzer Zeit wettbewerbsfähig zu machen. Nach Auslaufen der amerikanischen Wirtschaftshilfe sei Europa vor allem auf die Ausfuhren der verarbeitenden Industrien, beispielsweise der Textilindustrie und des Maschinenbaus, angewiesen, um eine ausgeglichene Handelsbilanz zu erzielen.

Diese Tatsache hatte der neue Leiter des nach dem Krieg verstaatlichten Automobilproduzenten Renault, Pierre Lefauchaux, schon früher erkannt²⁰. In einem Schreiben an das französische Industrieministerium vom Oktober 1948 betonte er, daß die im Monnet-Plan vorgesehene Steigerung der französischen Stahlproduktion nur mit einer erheblichen Steigerung der Herstellung und Ausfuhr von Kraftfahrzeugen zu verwirklichen sei. Dafür müsse man aber deren Versorgung mit qualitativ hochwertigen und preisgünstigen Rohmaterialien gewährleisten. Mit seinem Schreiben zielte Lefauchaux vor allem auf eine Erweiterung der zweiten geplanten Breitbandwalzstraße in Frankreich von 66 auf 80 Zoll ab, eine für Karosseriebleche eher angemessene Breite. Nach langem Hin und Her konnte sich Lefauchaux im Frühjahr 1949 mit seiner Forderung gegenüber den unwilligen Stahlproduzenten und den anfangs ebenfalls eher skeptischen beteiligten staatlichen Stellen durchsetzen. Welche Bedeutung dabei seine auf die Ausfuhren gerichtete Argumentation hatte, zeigt eine gemeinsam von der Planungsbehörde und dem Industrieministerium verfaßte Note vom März 1949: „Die Versorgung mit Blechen in ausreichender Menge und Qualität sowie zu angemessenen Preisen ist die *conditio sine qua non* für unsere Exporte, nicht nur von Stahlerzeugnissen, sondern auch und vor allem von Fertigwaren jeder Art (Automobile, Konserven etc.).“²¹

Tatsächlich stiegen die wertmäßigen Anteile der metallverarbeitenden Industrien, inklusive Kraftfahrzeuge, am französischen Export in der Nachkriegszeit erheblich. 1950 erreichten sie mehr als 14 Prozent und damit fast die Bedeutung der Textilausfuhren (15,6%) und übertrafen die Exporte von Stahlerzeugnissen (7,5%) sehr deutlich²². Ähnlich bedeutsam in den im folgenden beschriebenen Auseinandersetzungen war auch die Tatsache, daß die Stahlverarbeiter im Vergleich zu den Stahlherstellern ein Mehrfaches an Arbeitskräften beschäftigten²³.

Allerdings leisteten die verarbeitenden Industrien in der unmittelbaren Nachkriegszeit erheblichen Widerstand gegen den geplanten Abbau der Handelschranken. Das wird zum Beispiel in ihrer negativen Reaktion auf das seit Mitte 1947 diskutierte Projekt einer Zollunion zwischen Frankreich und Italien deutlich. Die französischen Unternehmer, allen voran die Vertreter der Textilindustrie, des Schiffbaus und der Automobilhersteller, begründeten ihre ablehnende Haltung in erster Linie mit den erheblichen Unterschieden im Niveau der Löhne, So-

²⁰ Siehe *ibid.* 91–94.

²¹ Zitiert *ibid.* 93.

²² Vgl. die Tabelle *ibid.* 275.

²³ Die Angaben dazu schwanken je nach den einbezogenen Industriezweigen, aber man kann davon ausgehen, daß die Automobilproduktion und die übrigen Stahlverarbeiter damals über eine Million Menschen in Frankreich beschäftigten, die Stahlherstellung dagegen nur etwa 150 000.

zialabgaben und Steuern zwischen beiden Ländern. Diese und ähnliche Befürchtungen führten dazu, daß sich bei Abstimmungen im Wirtschaftsrat (Conseil économique) im Mai 1949 keine Mehrheit für die Zollunion finden ließ. Dieses Gremium, in dem alle wichtigen wirtschaftlichen Gruppen Frankreichs vertreten waren, hatte zwar keine Entscheidungsbefugnis, dennoch zog es die französische Regierung vor, das Projekt anschließend auf Eis zu legen²⁴.

Unmittelbar danach arbeiteten Mitarbeiter des französischen Finanzministeriums den Vorschlag einer Wirtschaftsunion zwischen Frankreich, Italien und den Benelux-Ländern, unter der möglichen Einbeziehung Westdeutschlands, aus. Es scheiterte aber an der Ablehnung der französischen Metallverarbeiter, da deren Vertreter sich gegen eine deutsche Teilnahme stark machten. Das Industrieministerium schloß sich dieser Haltung an und setzte sich mit seinem Veto innerhalb der französischen Regierungskreise durch. Daher endeten die internationalen Verhandlungen Anfang 1950 ergebnislos, denn die Niederlande waren nicht an einer Regionalunion ohne die Bundesrepublik interessiert. Eine solche Lösung hätte höchstwahrscheinlich auch nicht die Unterstützung der Vereinigten Staaten gefunden²⁵.

Es muß hier jedoch unterstrichen werden, daß die französischen Stahlverarbeiter eine Öffnung der Märkte in Europa nicht grundsätzlich ablehnten. Im Gegenteil. Der einflußreiche Generalsekretär des Dachverbandes der mechanischen und metallverarbeitenden Industrie, Jean Constant, sah darin die einzige Möglichkeit, nach dem Auslaufen der amerikanischen Hilfe einen Rückfall der französischen und europäischen Industrie „in ihren alten Schlendrian“ zu verhindern. Ihm war ebenfalls bewußt, daß die Verwirklichung der europäischen Wirtschaftseinheit einen erheblichen Anpassungsdruck auf die Unternehmen ausübte und einige von ihnen dem nicht standhalten würden. Auf die ihm eigene sarkastische Art machte er allerdings auch deutlich, daß die seinem Industriezweig zugehörigen Unternehmen gegenwärtig jedoch nicht wettbewerbsfähig waren: „Man nehme teuren Stahl, erhitze ihn mit kostspieliger Kohle, verreise ihn mit unproduktiven und durch Sozialabgaben gut gewürzten Arbeitskräften. Damit pulverisieren Sie die ausländische Konkurrenz, weil Sie so intelligent sind und weil Sie Ihre Produktionsanlagen mit Marshallplan-Krediten modernisiert haben, die alle an die verstaatlichten Unternehmen verteilt wurden.“²⁶

Diese Nachteile sahen die französischen Stahlverarbeiter vor allem im Vergleich zur deutschen Konkurrenz, die seit spätestens Anfang 1949 wieder verstärkt auf Drittmärkten in Erscheinung trat. Davon war beispielsweise ein Unternehmen wie Renault, das damals mehr als ein Drittel seiner Produktion im Ausland ab-

²⁴ Vgl. dazu, mit weiteren Literaturhinweisen, *Kipping*, Zwischen Kartellen und Konkurrenz 80–86.

²⁵ Weitere Literatur zu dem sogenannten Finebel/Fritalux-Projekt und eine detaillierte Analyse des Entscheidungsprozesses findet sich *ibid.* 123–130.

²⁶ Beide Zitate stammen aus der Verbandszeitschrift, *Les Industries mécaniques*, Mai bzw. Oktober 1949. Constants Leitartikel darin waren damals so sehr gefürchtet, daß sich der Regierungschef ein Exemplar davon direkt aus der Druckerei zukommen ließ.

setzte, erheblich betroffen. Im Jahresbericht für 1949 führte Konzernchef Lefauchaux die bessere Wettbewerbsposition der deutschen Automobilhersteller vor allem auf die niedrigeren Rohstoffpreise in der Bundesrepublik zurück. Auch Constant wies mehrfach auf die erheblichen Unterschiede bei den Kosten für Stahlerzeugnisse hin. Tatsächlich stellte ein vom französischen Finanzministerium im August 1949 durchgeführter Preisvergleich heraus, daß die Preise für Stahlbleche in Frankreich 35 Prozent oder mehr über denjenigen in Westdeutschland lagen²⁷.

In beiden Ländern waren die Stahlpreise damals noch staatlich kontrolliert. In Frankreich hatten jedoch, wie gesehen, die Hersteller darauf einen erheblichen Einfluß. Es gibt Vermutungen, daß der Stahlwerksverband der zuständigen Verwaltung bewußt die Kosten ineffizienter Produzenten als Grundlage für die Preiskalkulation lieferte. Lefauchaux äußerte deshalb die Überzeugung, daß die Hochöfen „Gold pinkeln“, d.h. erhebliche Gewinne erwirtschafteten²⁸. Im bereits erwähnten Jahresbericht für 1949 stellte er heraus, daß eine Senkung der französischen Stahlpreise möglich sein müsse, da viele Werke seit Kriegsende modernisiert worden waren, und das zu einem erheblichen Teil mit öffentlichen Geldern und vor allem mit Marshallplanmitteln. In zahlreichen öffentlichen Stellungnahmen und Schreiben an die zuständigen Ministerien kritisierten Lefauchaux und die übrigen Stahlverarbeiter deshalb seit Mitte 1949 die kartellähnlichen Praktiken der französischen Stahlindustrie und deren stillschweigendes Dulden durch Regierungsstellen. Neben den zu hohen Preisen standen vor allem die unregelmäßige und oft minderwertige Qualität der Stahlprodukte sowie die Lieferbedingungen und -fristen im Mittelpunkt ihrer Kritik. Dafür machten die Verarbeiter in erster Linie die zentrale Auftragsabwicklung durch das Verkaufskontor CPS verantwortlich, da es einen direkten Kontakt zwischen Herstellerwerk und Abnehmer weitgehend verhinderte²⁹.

Die Situation der französischen Stahlverarbeiter verschlechterte sich in der zweiten Jahreshälfte 1949, da aufgrund eines weltweiten (vor allem von den USA ausgehenden) Auftragsrückgangs die Weltmarktpreise für Stahl erheblich gesun-

²⁷ Zum Folgenden im Detail *Matthias Kipping*, *Les tôles avant les casseroles. La compétitivité de l'industrie française et les origines de la construction européenne*, in: *Entreprises et Histoire* 5 (Juni 1994) 73–93; zu den Gründen für das Wiedererstarben der deutschen Konkurrenz u. a. *Christoph Buchheim*, *Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958* (München 1990).

²⁸ Vgl. dazu auch *Philippe Mioche*, *La sidérurgie et l'Etat en France des années quarante aux années soixante* (unveröffentlichtes Doctorat d'Etat, Université de Paris IV, 1992). Die Auseinandersetzungen zwischen Stahlproduzenten und -verarbeitern haben in Frankreich eine lange Tradition: *Matthias Kipping*, *Inter-Firm Relations and Industrial Policy: the French and German Steel Producers and Users in the Twentieth Century*, in: *Business History* 38 (1996) 1–25.

²⁹ Dazu im Detail *Kipping*, *Zwischen Kartellen und Konkurrenz* 97–101. Ihre Vorwürfe werden indirekt dadurch bestätigt, daß sich damals auch einige der modernisierten Stahlwerke über die strenge Verbandsdisziplin im Hinblick auf Produktionsquoten und Preise beschwerten, *ibid.* 109–111.

ken waren und nun deutlich unter den Binnenpreisen in Frankreich lagen. Außerdem erhöhte die französische Stahlindustrie damals ihre Exportanstrengungen, um die geringere Binnennachfrage auszugleichen. Das wiederum führte dazu, daß französische Verarbeiter auf Drittmärkten mit ausländischen Herstellern konkurrierten, die Stahl aus Frankreich zu deutlich niedrigeren Preisen erhalten hatten³⁰.

Gleichzeitig verlor die von den Stahlproduzenten regelmäßig vorgebrachte – und von den Verarbeitern bislang auch akzeptierte – Entschuldigung, daß sie durch die Einfuhr teurer Koks-kohle aus den USA und Westdeutschland benachteiligt waren, an Überzeugungskraft. Der Rückgang der Stahlproduktion und die Ausweitung der deutschen Kohlenförderung führte seit Mitte 1949 zu einer spürbaren Entlastung der bis dahin angespannten Versorgungslage für die französische Stahlindustrie. Die Lieferungen von – wegen der Transportkosten teurer – Koks-kohle aus den USA wurden weitgehend eingestellt. Auch die – sowohl von bundesdeutschen als auch britischen Kohlelieferanten – praktizierte Diskriminierung zwischen Binnen- und Exportpreisen wurde drastisch reduziert, zum Teil auf amerikanischen Druck, vor allem aber als Reaktion auf die Marktentwicklung. Der Rückgang der Ausfuhrpreise für deutsche (Koks-)Kohle bewegte den zuständigen Beamten im französischen Industrieministerium sogar dazu, einen 15%igen Schutzzoll zu fordern, da ansonsten mit Massenentlassungen und politischen Unruhen in den französischen Kohlengruben zu rechnen sei³¹.

Die Kritik der französischen Stahlverarbeiter an den Preisen und Praktiken der Hersteller wurde daher gegen Ende 1949/Anfang 1950 immer lauter. Sie stieß in weiten Teilen der Verwaltung und Regierung zunehmend auf offene Ohren, wozu die guten Kontakte Lefaucheuys mit sozialistischen Politikern sicher einen nicht unerheblichen Beitrag leisteten. Als entscheidend für den weiteren Fortgang der Ereignisse erwies sich jedoch ihre Forderung, wie Jean Constant es prägnant formulierte, „die Bleche vor den Töpfen“ zu liberalisieren; d.h. sie machten ihre Zustimmung zu einem weiteren Abbau der Handelsschranken in ihrem Industriezweig oder die Schaffung einer westeuropäischen Wirtschaftsunion unter Einbeziehung der Bundesrepublik von einer Öffnung des Marktes für Stahlprodukte abhängig. Der Schuman-Plan erfüllte diese Forderung und schuf damit einen Weg aus der Sackgasse, in der sich die französische Europa- und Ruhrpolitik damals befand.

³⁰ Solche Beschwerden kamen unter anderem von Traktorherstellern, *ibid.* 96–97.

³¹ Dazu im Detail *ibid.* 105–107 und 130–135; d.h. die vor allem von *Milward*, *The Reconstruction* 377 ff. vorgebrachte Argumentation, daß der Schuman-Plan auf die Abschaffung dieser sogenannten Doppelpreise zielte, hatte Anfang 1950 ihre Gültigkeit weitgehend verloren.

Die Stahlverarbeiter und der Schuman-Plan

Eine der großen, vielleicht die entscheidende Leistung des von Jean Monnet entworfenen und von Außenminister Robert Schuman am 9. Mai 1950 vorgestellten Plans einer deutsch-französischen Montanunion war die Tatsache, daß dieser Vorschlag eine Lösung für eine ganze Reihe von Problemen der damaligen französischen Außen- und Außenwirtschaftspolitik bot. So antwortete er auf den zunehmenden amerikanischen Druck, die Bundesrepublik in eine westeuropäische Gemeinschaft einzubinden, und befreite Frankreich aus der politisch unangenehmen Situation, die das Scheitern vorheriger Versuche zur Wirtschaftsintegration geschaffen hatte. Ähnliches gilt für die quasi seit Kriegsende andauernden Verhandlungen der drei Westalliierten über die Neuordnung der Ruhrindustrien. Sie befanden sich im Frühjahr 1950 durch ein französisches Veto im Hinblick auf die Eigentumsfrage ebenfalls in einer Sackgasse³².

Gleichzeitig, und dieser Aspekt ist in der Forschung bislang kaum oder gar nicht beachtet worden, steht der Schuman-Plan in einem engen Zusammenhang mit den oben erwähnten Bemühungen Monnets, die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der französischen Industrie zu steigern. Seine Versuche, in dieser Hinsicht konkrete Fortschritte zu erzielen, vor allem die Verabschiedung eines strengen Kartellgesetzes, waren bislang ohne Erfolg geblieben. In dieser Hinsicht bestand eine klare Interessenidentität zwischen Monnet und den französischen Stahlverbrauchern, die sich seit Mitte 1949 lautstark über die kartellähnlichen Praktiken der französischen Stahlindustrie und ihres Verbandes beschwert hatten. Aufgrund der daraus resultierenden Wettbewerbsnachteile blockierten sie weitere Handelsliberalisierungen, besonders unter Einbeziehung der deutschen Konkurrenz, was nicht nur die französische Außenpolitik in Schwierigkeiten brachte, sondern auch die zur Produktivitätssteigerung und Kostensenkung notwendige Schaffung größerer Wirtschaftsräume in Europa verhinderte.

Vor diesem Hintergrund erhalten die Aussagen Monnets im Vorfeld des Schuman-Plans eine neue und eher verständliche Bedeutung. Dies gilt vor allem für sein an Außenminister Schuman und Regierungschef Bidault gerichtetes Memorandum vom 3. Mai 1950³³. Darin machte er die Gefahren für die „Fortsetzung des französischen Wiederaufstiegs“ deutlich, die aus der „deutschen Industrieproduktion und Wettbewerbsfähigkeit“ resultierten. Demnach war die deutsche

³² Vgl. dazu im Überblick und mit weiteren Literaturhinweisen Kipping, Zwischen Kartellen und Konkurrenz 113–118; zur amerikanischen Haltung auch den Beitrag von Dietmar Hüser in diesem Band sowie Klaus Schwabe, „Ein Akt konstruktiver Staatskunst“ – die USA und die Anfänge des Schuman-Plans, in: Die Anfänge 211–239; zur Neuordnung der Ruhrkonzerne Isabel Warner, Steel and Sovereignty: the Deconcentration of the West German Steel Industry 1949–54 (Mainz 1996), im folgenden zitiert: Warner, Steel and Sovereignty.

³³ Hier nach dem in Le Monde vom 9. Mai 1970 veröffentlichten französischen Original zitiert; eine deutsche Übersetzung findet sich bei Gilbert Zieburg, Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945 (Pfullingen 1970) 195–200; vgl. insgesamt Kipping, Zwischen Kartellen und Konkurrenz 156–164.

Überlegenheit „in den Augen der französischen Industriellen“ das Ergebnis einer „Stahlproduktion zu einem Preis, mit dem Frankreich nicht konkurrieren kann“. Für den Fall, daß man dieses Problem nicht bald löse, entwarf Monnet ein Schreckensszenario: „Expansion der deutschen Wirtschaft; deutsches Dumping im Export; Forderung nach protektionistischen Maßnahmen für die französischen Industrien; Stop der Handelsliberalisierung; Wiedererrichtung der Vorkriegskartelle [...]; Frankreich zurückgefallen in den alten Schlendrian einer eingeschränkten und geschützten Produktion.“ Das zu verhindern, war eines der Ziele des Schuman-Plans.

Im gleichen Zusammenhang muß man auch seine Antrittsrede als Präsident der Hohen Behörde am 10. August 1952 in Luxemburg sehen. Nach erfolgreichem Abschluß der Vertragsverhandlungen und der Ratifizierung der Montanunion in allen sechs Teilnehmerstaaten entwarf er ein positives und vorwärts gewandtes Bild der neuen Gemeinschaft, das aber im Prinzip auf den gleichen wirtschaftlichen Überlegungen und Grundlagen beruhte wie seine „Horrorvision“ mehr als zwei Jahre zuvor. Monnet machte die entscheidende Bedeutung von Kohle und Stahl für den Lebensstandard aller Europäer deutlich, da sie mittelbare Grundlage seien „für alles, was der moderne Mensch braucht: Gas, Strom, Werkzeuge, Maschinen, Automobile“. „Es sind die Größe und die Freiheit des einheitlichen Marktes, die es erlauben werden, eine Massenproduktion zu entwickeln, das einzige Mittel, die Herstellkosten zu senken, die Absätze zu erhöhen und die Produktion auszudehnen.“ Dann folgte aber erneut eine Warnung vor Kartellen und staatlichen Handelshemmnissen: „Nur wenn der Wettbewerb unter den Verarbeitern nicht durch von den Herstellern oder den Staaten ausgeübte Diskriminierungen verfälscht wird, sorgt die Zusammenführung der Märkte für die rationellste Verteilung der wirtschaftlichen Aktivitäten und den größten Fortschritt der Produktivität.“³⁴

Dieses Ziel zu erreichen, d.h. einen gemeinsamen europäischen Kohle- und Stahlmarkt ohne Kartelle der Produzenten oder Eingriffe der Teilnehmerstaaten zu schaffen, bemühte sich Monnet während der Verhandlungen um den Montanunionvertrag, die am 20. Juni 1950 unter Teilnahme Frankreichs, der Bundesrepublik, Italiens und der Benelux-Länder in Paris begonnen hatten. Daß er dabei weitestgehend erfolgreich war, und später vom EGKS-Vertrag als dem „ersten europäischen Antitrustgesetz“ sprechen konnte, verdankte Monnet zu einem erheblichen Teil auch der Unterstützung durch die französischen Stahlverarbeiter³⁵.

³⁴ Zitiert nach *Jean Monnet*, *Les Etats-Unis d'Europe ont commencé. La Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier. Discours et allocutions 1952-1954* (Paris 1955) 80-85.

³⁵ Diese Ansicht vom Erfolg Monnets wird nicht von allen Autoren geteilt, kann aber hier nicht im Detail belegt werden; siehe für eine Darstellung des wirtschaftlichen Teils der Verhandlungen und eine kritische Analyse der bisherigen Forschungsliteratur *Kipping*, *Zwischen Kartellen und Konkurrenz* 207ff.; für den politischen Teil *Hanns Jürgen Küsters*, *Die Verhandlungen über das institutionelle System zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl*, in: *Die Anfänge* 73-102.

Ebenso wichtig war deren Einsatz für die Ratifizierung des Vertrages in Frankreich.

Es dürfte wohl kaum verwundern, daß der Vorschlag vom 9. Mai 1950 bei den verarbeitenden Industrien in Frankreich eine positive Aufnahme fand. Entsprechend doch weitgehend ihren Forderungen nach einem Abbau der Handelsschranken bei den „Blechen vor den Töpfen“. In einem Leitartikel der Verbandszeitschrift *Les Industries mécaniques* vom Juli 1950 erklärte Jean Constant die „vorbehaltlose Zustimmung“ der Stahlverbraucher zur „Monnet-Schuman-Idee“. Er machte ebenfalls deutlich, daß mit der Montanunion die Voraussetzungen für eine Aufhebung des bisherigen Widerstandes der Verarbeiter gegen die Handelsliberalisierungen in Europa geschaffen wurden: „Auf der Grundlage eines Rohstoffmarktes, in dem Konkurrenz herrscht, akzeptieren wir ohne Vorbehalte den Wettbewerb in unserer Branche.“ Auch Renault-Chef Pierre Lefaucheux bezeichnete sich als „fanatischen Anhänger des Schuman-Plans“, von dem er sich eine bessere Versorgung mit Karosserieblechen versprach. Da die erwünschten Verbesserungen für die Stahlverarbeiter aber nicht unmittelbar eintraten, setzten sie ihre Kampagne für eine Senkung der französischen Stahlpreise und gegen die kartellähnlichen Praktiken der Stahlindustrie mit unverminderter Heftigkeit fort und übten damit – indirekten – Druck für einen baldigen Abschluß des Montanunionvertrages aus³⁶.

Außerdem vertraten sie die Interessen der Stahlverbraucher in den Verhandlungen auch durch mehr direkte Maßnahmen, vor allem mittels einer im Juni 1950 eigens zu diesem Zweck gegründeten Association des utilisateurs des produits sidérurgiques (AUPS), an der alle wichtigen französischen Verarbeiter teilnahmen. Jean Constant wurde AUPS-Präsident und führte in dieser Eigenschaft mehrere Gespräche mit Monnet. Er und Lefaucheux standen außerdem als Vertreter der Verarbeiter der französischen Delegation beratend zur Seite³⁷.

Ihre Unterstützung für den Schuman-Plan wurde umso bedeutsamer, als der französische Stahlwerksverband und der Unternehmerverband CNPF (Conseil national du patronat français) eindeutig gegen den Schuman-Plan Stellung bezogen. Beide hatten bereits unmittelbar nach der Erklärung vom 9. Mai 1950 Bedenken über den möglichen „Dirigismus“ der geplanten Hohen Behörde geäußert. Dieses Unbehagen verwandelte sich in deutliche Kritik und offenen Widerstand, als im Laufe der Vertragsverhandlungen deutlich wurde, daß Monnet auf ein Verbot von nationalen und internationalen Kartellen abzielte und nicht daran dachte, den Vertretern der betroffenen Industrien ein weitreichendes Mitspracherecht in der EGKS einzuräumen. Diese Auseinandersetzungen erreichten einen Höhepunkt Anfang 1951, als die Spitzenverbände der sechs an den Verhandlungen teilnehmenden Staaten ein gemeinsames Memorandum an ihre jeweiligen Regierungen richteten. Darin griffen sie die angeblich „hyper-dirigistischen“ Vollmachten der Hohen Behörde in den schärfsten Tönen an. Der dem Memorandum beige-

³⁶ Dazu im Detail *Kipping*, Zwischen Kartellen und Konkurrenz 182 ff. und 273 ff.

³⁷ *Ibid.* 184.

fügte Gegenentwurf für den Vertragstext macht deutlich, daß sie an dessen Stelle kartellähnliche Absprachen zwischen den Produzenten setzen wollten³⁸.

Memorandum und Gegenentwurf riefen eine scharfe und unmittelbare Reaktion der französischen Stahlverbraucher hervor. In einem Leitartikel der Februar-Ausgabe von *Les Industries mécaniques* machte Constant deutlich, daß es sich hier um eine Auseinandersetzung zwischen zwei diametral entgegengesetzten Vorstellungen zur Ausgestaltung der geplanten Montanunion handelte, „diejenige der Initiatoren des Plans, die einen einheitlichen Markt mit einem echten Wettbewerb schaffen wollen, und diejenige der Industriekreise, die einem internationalen Kartell den Vorzug geben“. Und er ließ keinen Zweifel daran, welcher der beiden Alternativen die Stahlverbraucher den eindeutigen Vorzug gaben: „Da wir selbst der Konkurrenz ausgesetzt sind, ist es für uns unerlässlich, uns auf einem Markt versorgen zu können, auf dem ebenfalls Wettbewerb herrscht, unsere Lieferanten frei zu wählen, mit ihnen über die Qualität, die Lieferzeiten und die Verkaufsbedingungen diskutieren zu können.“ Diese Position vertrat Constant nicht nur im – in weiten Kreisen beachteten – Verbandsorgan, sondern auch gegenüber der Regierung. So richtete er etwa am 12. Februar 1951 ein Schreiben an den damaligen Industrieminister Jean-Marie Louvel, in dem er unter anderem die Abschaffung des innerfranzösischen Verkaufskontors CPS und eine Öffnung der Grenzen für Stahlimporte verlangte. Louvel erscheint in diesem Zusammenhang als besonders wichtiges Ziel solcher Bemühungen, da er über enge Kontakte zum Generalsekretär des Stahlwerksverbandes, Louis Charvet, verfügte³⁹.

Wie bereits erwähnt, handelte es sich hier um eine Interessenidentität zwischen Monnet und den französischen Stahlverbrauchern, obwohl nicht auszuschließen ist, daß damals auch direkte Kontakte zwischen ihm und Constant bestanden. Gleichzeitig griff Monnet auch aktiv in die Auseinandersetzung ein. So orchestrierte er eine Pressekampagne gegen Kartellabsprachen und die mangelnde Bereitschaft der europäischen Industriellen, sich einem freien Wettbewerb zu stellen⁴⁰. Hier und in der Folgezeit nutzte er außerdem gewisse Meinungsunterschiede und Spaltungen innerhalb der französischen Stahlindustrie. Im Gegensatz

³⁸ Er stammte aus der Feder von zwei führenden Mitarbeitern des französischen Stahlwerksverbandes; *ibid.* 231–236; zur Zusammenarbeit zwischen CNPF und dem Bundesverband der Deutschen Industrie in diesem Zusammenhang auch *Matthias Kipping*, Welches Europa soll es sein? Der Schuman-Plan und die deutsch-französischen Industriebeziehungen, in: *Deutsch-französische Wirtschaftsbeziehungen 1945–1960*, hrsg. v. *Andreas Wilkens* (Sigmaringen 1997) 249–271.

³⁹ Beide hatten im gleichen Zeitraum die französische Elitehochschule *Ecole Polytechnique* absolviert und gehörten dem Vorstand der christdemokratischen Partei MRP an; siehe *Révolution de palais au Comité des forges*, in: *Combat* vom 4. Februar 1952; vgl. dazu und zu den Aktionen Constants insgesamt *Kipping*, Zwischen Kartellen und Konkurrenz 242–249.

⁴⁰ In einem Interview mit dem amerikanischen Journalisten Theodore H. White offenbarte Monnet seine Einschätzung der Lage und entwarf eine Art „Schlachtplan“, den er auch in der Folgezeit konsequent umsetzte. Es erschien am 8. Februar 1951 in der *Daily Mail* unter dem Titel „Europe’s Cartels Strike Back“; vgl. insgesamt *Kipping*, Zwischen Kartellen und Konkurrenz 236 ff.

zur Verbandsführung lehnten einige Hersteller die Montanunion nicht prinzipiell ab⁴¹. Schließlich mobilisierte Monnet auch seine engen Kontakte zu den amerikanischen Behörden in der Bundesrepublik, vor allem zum Hochkommissar John McCloy. Die Amerikaner übten in der Folgezeit erheblichen Druck auf die Bundesregierung aus, um sie zur Aufgabe ihres Widerstandes gegen die kartellfeindlichen Bestimmungen des Vertrages zu bewegen⁴².

Gestützt auf diese heterogene Koalition gelang es Monnet, die Herausforderung der Unternehmerverbände abzuwehren und den in seinem Sinne ausgestalteten Vertrag durchzusetzen. In der Pressekonferenz nach Abschluß der Verhandlungen verteidigte er noch einmal die angeblich dirigistischen Vollmachten der Hohen Behörde im Hinblick auf marktbeherrschende Stellungen: „Die Beseitigung der Kartelle, die Regelung der Zusammenschlüsse, das ist kein Dirigismus, sondern die Freiheit. [...] Meiner Meinung nach ist der Dirigismus in den Kartellen, und der Schuman-Plan beseitigt diesen Dirigismus.“⁴³ Die Unterzeichnung des EGKS-Vertrages in Paris am 18. April 1951 brachte allerdings keinesfalls das Ende des innerfranzösischen Widerstandes gegen die Montanunion. So bemühten sich Stahlwerksverband und CNPF zunächst um eine nachträgliche Abänderung der Vertragsbestimmungen. Als die Aussichtslosigkeit solcher Bemühungen klar wurde, setzten sie alles daran, die Ratifizierung des Vertrages im französischen Parlament zu verhindern. Erneut leisteten die Stahlverarbeiter einen wichtigen Beitrag dazu, diese Absicht zu vereiteln⁴⁴.

Dabei spielte Jean Constant erneut eine führende Rolle. Aufgrund seiner scharfen und direkten Kritik an dem Memorandum der europäischen Spitzenverbände im Februar 1951 mußte er zwar als Generalsekretär des Dachverbandes der Metallverarbeiter zurücktreten, doch konnte er als Präsident der Verbrauchervereinigung AUPS weiterhin aktiv bleiben. In dieser Rolle griff Constant auch in die Debatte über die Ratifizierung des EGKS-Vertrages ein. So nahm er beispielsweise vor einem speziellen Ausschuß des Wirtschaftsrates zur EGKS Stellung. Dort sprach er sich erneut für eine Montanunion aus, in der der „lebhafteste Wett-

⁴¹ Diese Differenzen hatte er mit Hilfe eines Ausschusses identifizieren können, der unter Leitung seines Stellvertreters Etienne Hirsch Anfang 1951 auf insgesamt 18 Sitzungen Stahlindustrielle und ihre Verbandsvertreter zum Schuman-Plan befragt hatte, *ibid.* 258–262; zu den Meinungsunterschieden unter den lothringischen Produzenten auch *François Roth*, *Les milieux sidérurgiques lorrains et l'annonce du Plan Schuman*, in: *Die Anfänge* 367–380.

⁴² Dieser Widerstand stand nicht nur im Zusammenhang mit der Ausgestaltung der Montanunion, sondern auch mit der Neuordnung der Ruhrkonzerne; vgl. bes. *Warner*, *Steel and Sovereignty*; *Gillingham*, *Coal, Steel*; und zusammenfassend *Kipping*, *Zwischen Kartellen und Konkurrenz* 250–254.

⁴³ Zitiert *ibid.* 256.

⁴⁴ Vgl. zum Folgenden auch *Henry W. Ehrmann*, *The French Trade Associations and the Ratification of the Schuman Plan*, in: *World Politics* VI/4 (Juli 1954) 453–481, und *Ernst B. Haas*, *The Uniting of Europe. Political, Social, and Economic Forces 1950–1957* (Stanford 1968); im folgenden zitiert: *Haas*, *The Uniting of Europe*.

bewerb“ herrschte. Ähnlich äußerte sich vor dem gleichen Gremium Renault-Chef Lefauchaux⁴⁵.

Der Wirtschaftsrat in seiner Gesamtheit empfahl am 29. November 1951 mit 110 gegen 16 Stimmen bei 29 Enthaltungen eine Ratifizierung des Vertrages. Zwar hatte diese Entscheidung keine bindende Gewalt, aber eine Ablehnung der EGKS hätte, wie das Beispiel der italienisch-französischen Zollunion zeigte, wahrscheinlich eine weitreichende symbolische und psychologische Wirkung gehabt, und möglicherweise die darauffolgende Entscheidung des Parlaments negativ beeinflußt. Eine ähnliche Signalwirkung hatte eine zustimmende Resolution der Präsidenten der französischen Industrie- und Handelskammern zum Schuman-Plan vom 18. September 1951. Auch in diesem Gremium hatten sich nach langen und harten internen Auseinandersetzungen die Vertreter der verarbeitenden Industrien weitgehend durchgesetzt⁴⁶.

Trotz alledem hätte möglicherweise die Unterstützung der Verarbeiter, der persönliche Einsatz von Monnet, Robert Schuman und einer Reihe von anderen Regierungsmitgliedern nicht ausgereicht, die Ratifizierung der Montanunion im Parlament zu gewährleisten. Der Stahlwerksverband und der Spitzenverband CNPF konnten für ihre ablehnende Haltung durchaus auf eine gewisse Unterstützung unter den Abgeordneten rechnen. Doch waren sie im entscheidenden Moment geschwächt, da ihre führenden Vertreter zum Zeitpunkt der Debatten und der endgültigen Abstimmung Anfang Dezember 1951 an einem internationalen Industriellenkongress in New York teilnahmen. Es gibt eine Reihe von Indizien, die nahelegen, daß die Regierung diesen Termin bewußt gewählt hatte, um die Gegner der Montanunion „kopflös“ zu machen⁴⁷. Wie dem auch sei, am 13. Dezember 1951 verabschiedete das französische Parlament mit einer unerwartet großen Mehrheit von 377 gegen 233 Stimmen das Gesetz zur Ratifizierung der Montanunion, allerdings nicht ohne von der Regierung Zusicherungen im Hinblick auf Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie erhalten zu haben, u. a. im Hinblick auf die Finanzierung von weiteren Investitionen und die Kanalisierung der Mosel.

Monnet hatte sich also mit seiner kartellfeindlichen Ausgestaltung des Montanunionvertrages in Frankreich durchsetzen können. Diesen Erfolg verdankte er zu einem erheblichen Teil der Unterstützung der verarbeitenden Industrien. Ähnlich wie sie vor dem 9. Mai 1950 Fortschritte in der wirtschaftlichen Integration Europas verlangsamt oder sogar verhindert hatten, machten sie nun die Schaffung eines gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl möglich. Bleibt zu fragen, ob sich nach Inkrafttreten des Vertrages die Vorteile auch tatsächlich einstellten, die sich so-

⁴⁵ Vgl. dazu den vom Sozialisten André Philip verfaßten Abschlußbericht des Ausschusses: *La Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier* (Paris 1952). Im übrigen spielte auch Philip in der Vorphase, bei den Vertragsverhandlungen und der Ratifizierung des Schuman-Plans in Frankreich eine wichtige Rolle, auf die hier nicht im einzelnen eingegangen werden kann, siehe *Kipping*, Zwischen Kartellen und Konkurrenz.

⁴⁶ Dazu im Detail *ibid.* 276–280.

⁴⁷ *Ibid.* 303–308.

wohl Monnet als auch die Stahlverbraucher von der Montanunion im Hinblick auf Produktivitätssteigerung und Kostensenkung versprochen hatten.

Ausblick und Zusammenfassung

Wie anfangs bereits erwähnt, meldet vor allem John Gillingham Zweifel am Erfolg der Montanunion im Hinblick auf die Auflösung bzw. Verhinderung nationaler und internationaler Stahlkartelle an. Demnach trafen sich die Industriellen bereits vor der Öffnung des gemeinsamen Stahlmarktes am 1. Mai 1953 regelmäßig zu Preis- und Mengenabsprachen⁴⁸. Wie genauere Analysen der Ereignisse belegen, hatten diese jedoch in den fünfziger und sechziger Jahren wenig Erfolg, waren allenfalls bei Exporten wirksam und wurden besonders von den französischen und deutschen Herstellern immer wieder unterlaufen. Erst nach den Krisen der siebziger Jahre kam es – unter weitgehender Duldung der Hohen Behörde – zur Bildung eines europäischen Stahlkartells⁴⁹. Dagegen verlor das von den französischen Stahlverarbeitern immer wieder kritisierte Verkaufskontor CPS bereits 1952 weitgehend seine Vollmachten, was nicht nur mit dem Inkrafttreten des EGKS-Vertrages zusammenhing, sondern auch mit einem vom französischen Parlament am 18. Juli 1952 verabschiedeten Gesetz, das Preisfestsetzungen durch Kartellabsprachen untersagte⁵⁰. Vielleicht der beste Beleg dafür, daß die Montanunion zumindest in ihrer Anfangszeit einen wichtigen Beitrag zur Einführung des Wettbewerbs in Frankreich (und Europa) geleistet hat, ist ein Zeitschriftenbeitrag von Jean Constant aus dem Jahre 1955. Darin stellte er fest, daß die französische Stahlindustrie in den letzten zwanzig Monaten, d.h. nach Öffnung der europäischen Stahlmärkte, größere Fortschritte gemacht habe als in den vierzig Jahren davor⁵¹.

Mußte dafür aber, so bleibt zu fragen, die französische Stahlindustrie einen hohen Preis zahlen, da die westdeutschen Hersteller der eigentliche Nutznießer der Montanunion waren? Dies hat vor allem Christoph Buchheim auf Grundlage von Vergleichen der durchschnittlichen Kosten und der Steigerungsraten der Produktion zu belegen versucht⁵². Solche Vergleiche sind irreführend, da sie weder die verschiedenen Produktionsverfahren, die Unterschiede zwischen den einzelnen Werken, noch die Tatsache berücksichtigen, daß die bundesdeutsche Stahl-

⁴⁸ Gillingham, *Coal, Steel* 310–312.

⁴⁹ Charles Barthel, *De l'entente belgo-luxembourgeoise à la Convention de Bruxelles 1948–1954*, in: *L'Europe du patronat*, hrsg. von Michel Dumoulin u. a. (Bern 1993) 29–62 und bes. Dirk Spierenburg, Raymond Poidevin, *Histoire de la Haute Autorité de la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier* (Brüssel 1993). Als gescheitert muß man dagegen die Politik der Montanunion im Kohlensektor betrachten, gerade im Hinblick auf nationale Verkaufskontore und marktverzerrende staatliche Eingriffe; *ibid.*

⁵⁰ Dazu mit weiteren Literaturhinweisen Kipping, *Zwischen Kartellen und Konkurrenz* 333.

⁵¹ Auszugsweise zitiert von Haas, *The Uniting of Europe* 183.

⁵² Goschler u. a., *Der Schumanplan als Instrument* 192 f.

industrie in der unmittelbaren Nachkriegszeit einen erheblichen Nachholbedarf hatte. Ein Vergleich mit der Produktion von 1929 ergibt dagegen ein für Frankreich wesentlich günstigeres Bild. Demnach hatten Ende der fünfziger Jahre beide Länder etwa ähnliche Fortschritte im Produktionsvolumen erzielt. Legt man die in der Rüstungsphase expandierte Kapazität der deutschen Stahlindustrie zugrunde, stand Frankreich sogar – relativ gesehen – wesentlich besser da als vor dem Krieg. In der Anfangszeit der Montanunion profitierte eine Mehrheit der französischen Hersteller eindeutig von ihrem Vorsprung bei der Modernisierung der Produktionsanlagen, insbesondere der Errichtung der beiden Breitbandwalzstraßen, die in den fünfziger Jahren Karosseriebleche nach Westdeutschland lieferten⁵³.

Insgesamt gesehen stellt der Schuman-Plan also auch in wirtschaftlicher Hinsicht einen deutlichen Bruch mit der Vergangenheit dar. Dies gilt vor allem im Hinblick auf die Kartellfrage. Und seine Kontinuität mit dem Monnet-Plan von 1946 im Hinblick auf die Kohlenversorgung ist – zumindest zum Zeitpunkt des französischen Vorschlags – eher nebensächlich. Dagegen ergibt sich ein eindeutiger Zusammenhang des Schuman-Plans mit den Bemühungen Monnets und der Stahlverarbeiter um eine Verbesserung der französischen Wettbewerbsfähigkeit durch Produktivitätssteigerungen und Kostensenkung seit 1948/49. Der Wandel in der französischen Außenwirtschaftspolitik muß also – ähnlich wie im politischen Bereich – bereits wesentlich früher angesetzt werden als bislang angenommen. Aber erst der Schuman-Plan schuf durch die Interessenidentität zwischen Monnet und den Stahlverbrauchern die Grundlage für eine zumindest teilweise erfolgreiche Umsetzung der neuen Prioritäten durch die wirtschaftliche Integration in Europa und die Einführung von Wettbewerbsprinzipien.

Abschließend muß hervorgehoben werden, daß der Schuman-Plan keinesfalls aus idealistischen Motiven, etwa dem Europagedanken entstand. Mit seinem Vorschlag verfolgte Jean Monnet konkrete Eigeninteressen Frankreichs, nämlich eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der französischen Industrie insgesamt, d.h. nicht unbedingt der direkt betroffenen Hersteller. Ähnliches gilt für die Stahlverarbeiter, die Konkurrenz im (europäischen) Stahlmarkt als Vorbedingung für weitere Handelsliberalisierungen in ihrem Industriezweig forderten. Daß es dabei auch zu – zeitweisen – Verlusten für Frankreich kam, vor allem durch das Ausscheiden der bislang geschützten ineffizienten Hersteller, tut dieser Feststellung ebensowenig Abbruch wie die Tatsache, daß auch andere europäische Länder politisch oder wirtschaftlich von der Montanunion profitierten. Die detaillierte Studie der wirtschaftlichen Hintergründe des Schuman-Plans bestätigt demnach eindrucksvoll die Schlußfolgerung Peter Krügers zur Dynamik des Integrationsprozesses in Europa: „Alle wirksamen Anstöße europäischer Integration entwickelten sich aus konkreten Bedürfnissen, Interessen oder Situationen, und das bedeutet, nur in dem Moment und auf den Gebieten, wo Übereinstimmung über die

⁵³ Dazu im Detail *Kipping*, Zwischen Kartellen und Konkurrenz 329–332; zum französischen Stahllexport in die Bundesrepublik *Milward*, The Reconstruction 413.

Regelungsbedürftigkeit hergestellt werden konnte.“⁵⁴ Man kann nur hoffen, daß diese Erkenntnis auch bei der zukünftigen Gestaltung der Europäischen Union beherzigt wird.

⁵⁴ *Peter Krüger*, Eine Union kalkulierter Interessen. Nationalstaat und europäische Integration, in: *Wirtschaft & Wissenschaft* 2/4 (November 1994) 23–34.